

TITELSEITE:**Millionen-Sparpaket bei den Medikamenten****Kritik an den Massnahmen Berns**

rom. Mit verschiedenen Sofortmassnahmen, die zum Teil schon seit einiger Zeit diskutiert werden, sollen die Medikamentenkosten ab nächstem Jahr um gut 400 Millionen Franken gesenkt werden. Applaus hat sich der Bundesrat mit seinen Beschlüssen nicht geholt. Die Ärzte kritisieren die Senkung der Vertriebsmarge für die Abgabe von Medikamenten, und die Pharmaindustrie beklagt schmerzliche Einbussen. Die Krankenkassen hätten sich grössere Einsparungen vorgestellt, und die Stiftung für Konsumentenschutz wirft dem Bundesrat vor, dem Druck der Pharmaindustrie nachgegeben zu haben. Auch die Versicherten werden übrigens zur Kasse gebeten - mit einem geringeren Rabatt für höhere Franchisen.

SEITE 13:**Mittlere Unzufriedenheit über tiefere Medikamentenpreise****Einsparungen von 400 Millionen Franken zur Bremsung des Prämienanstiegs**

Der Bundesrat hat Sofortmassnahmen zur Senkung der Kosten bei den Medikamenten beschlossen. Vorgesehen sind unter anderem eine Erweiterung des Länderkorbs für Preisvergleiche und geringere Margen für Ärzte und Apotheker. Lob hat er sich damit nicht geholt.

rom. Bern, 1. Juli

Offensichtlich hat Bundesrat Pascal Couchepin einiges richtig gemacht: Alle Akteure des Gesundheitswesens jammern über die neusten Sofortmassnahmen zur Senkung der Medikamentenkosten, wenn auch unterschiedlich laut. Ärzte und Pharmaindustrie qualifizieren ihre absehbaren Einbussen als «schmerzlich», die Krankenversicherer hätten sich hingegen ein bisschen grössere Abstriche gewünscht, die Konsumentenschutzorganisationen viel grössere. Das Zähneknirschen wird den Gesundheitsminister in der Auffassung bestätigen, dass sich die Kostenexplosion im Gesundheitsbereich nur bremsen lässt, wenn man allen auf die Füsse tritt. In der Politik nennt sich das Opfersymmetrie.

Überprüfung alle drei Jahre

Konkret will der Bundesrat ab nächstem Jahr im Bereich der Medikamente Einsparungen in der Grössenordnung von mindestens 400 Millionen Franken erzielen. Umgerechnet auf die Krankenkassenprämien wäre dies eine Verminderung des Anstiegs um zwei Prozentpunkte. Neu soll der sogenannte Länderkorb, mit dem die Preise in der Schweiz mit jenen im Ausland verglichen werden, neben Deutschland, Dänemark, Grossbritannien und den Niederlanden

auch die billigeren Nachbarländer Frankreich und Österreich umfassen. Auf die Aufnahme Italiens wird hingegen wegen des uneinheitlichen Vergütungssystems verzichtet. Zudem werden die Medikamente alle drei Jahre auf ihre Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft. Erscheint ein Preis zu hoch, kann das Bundesamt für Gesundheit eine angemessene Preissenkung verfügen.

Aufgrund des neuen Länderkorbs sollen im Weiteren alle Medikamente, die zwischen 1955 und 2006 in die Spezialitätenliste aufgenommen wurden, überprüft werden. Ferner wird künftig bei der Erweiterung der Indikation eines Präparats sofort eine Überprüfung des Preises vorgenommen und nicht erst nach sieben Jahren, wie es heute der Fall ist. Die Preise der Generika werden neu in drei Stufen geregelt, die im Verhältnis zum Marktvolumen des Originalpräparats stehen. Bei einem Originalpräparat mit einem jährlichen Umsatz von 8 Millionen Franken in der Schweiz muss das Generikum mindestens 20 Prozent billiger sein. Bei höheren Umsätzen des Originals muss der Preisabstand zum Generikum 40 bis 50 Prozent betragen.

Ärzte fordern Kompensation

Gar keine Freude hat die Ärztevereinigung FMH an der ebenfalls verordneten Senkung der Marge für den Vertrieb von Medikamenten um 3 Prozent. Die FMH will die Massnahme allerdings nicht bekämpfen, verlangt dafür aber vom Bundesrat einen Verzicht auf das angestrebte Verbot der ärztlichen Medikamentenabgabe. Bundesrat Couchepin will das Verbot der Selbstdispensation jedoch im Herbst mit der Änderung des Heilmittelgesetzes in die Vernehmlassung schicken, auch wenn er angesichts der mächtigen Lobby ein Scheitern des Vorschlags voraussieht.

Vorausgesehen hat Couchepin auch die Reaktion der Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) auf die neuen Sofortmassnahmen. Er appellierte nämlich noch vor der Veröffentlichung der SKS-Stellungnahme an «gewisse Kreise», endlich ihre demagogischen Angriffe zu beenden. Es sei nun einmal eine Realität, dass Arbeitsplätze vernichtet würden, wenn man die Pharmabranche ruiniere. Wer auf diese Gegebenheiten Rücksicht nehme, lasse sich noch lange nicht von der Pharmaindustrie erpressen. Und tatsächlich: Die SKS liess später einmal mehr verlauten, der Bundesrat habe dem Druck der Pharma nicht standgehalten. Ohne Schaden liessen sich mindestens 800 Millionen bei den Medikamenten sparen.

© **Neue Zürcher Zeitung**